

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
17 / 2010

Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker.	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i>	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank	123
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009**

Stefan Hanheide, Osnabrück

Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.

Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

Juden, Christen und Muslime –

Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? 159

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation.

Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177

Rainer Werning, Köln

Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen

Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 219

Abbildungsnachweis 225

Editorial: Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Die fröhlichen Tage der tönenden Vuvuzelas sind vorüber – Deutschland wurde fast erneut Fußball-Weltmeister und die Kette glückhafter Fügungen für das Land und seine Menschen setzte sich fort: *European Song Contest*, Papstwahl, Exportweltmeister, Literaturnobelpreis, 20 Jahre Mauerfall.

Fröhlichkeit kann ansteckend sein, Fans brauchen nicht immer einen Grund zur Ausgelassenheit, nur einen Anlass – und Gleichgesinnte. Das Baden in der Menge, »La Ola«, die Nationalfarben ins Gesicht gemalt – das alles hat Aufforderungscharakter: Jeder kann, jeder soll mitmachen! Was wie Ruhestörung klingt, ist die lautstarke Anrufung des Wir-Gefühls, das sich umso besser einstellt, je substanzloser es ist. Das wirkende Prinzip ist großzügige Verallgemeinerung: das Übersehen, Weglassen, Überbrücken aller Unterscheidungen gegenüber den Mitmenschen und ihren Meinungen, die eben noch Anlass gaben für Distanz und Fremdheitsempfindungen. Es lockt die Harmonie, das Aufgehobensein unter vielen, sei es bei der WM oder einem anderen Wettbewerb, die machtvolle Eintracht.

Dabei dauert die Illusion kaum länger als der Event. Im Alltag heißt es, auf dem Boden der Tatsachen anzukommen. Man kennt den Unterschied zwischen Feierstimmung und den Mühen der Ebene. So kommen die Differenzen, über die ein gemeinsamer Siegestaumel hinwegsehen lässt, im Alltag wieder zu ihrem Recht: Bei Lichte besehen, sind wir leider umgeben von Leuten, von denen nur wir selbst uns wohltuend abheben: Nachbarn, Kollegen, Verwandte, die Alten, die Jugendlichen heutzutage, die Ausländer, die Amis, die Taliban! Die Muslime, der Konvertit, die Verschleierte, ›Sozialschmarotzer‹, Bildungsunwillige, ›Minderleister‹, die ›gierigen Manager‹. Zu allgemein bekannten sozialen Stereotypen geworden, bedarf es keines weiteren Attributes, keines Arguments, keines Beweises der ›Volkschädlinghaftigkeit‹ der mit diesen Vorhaltungen Bedachten.

Vereinnahmung und *Ausgrenzung* sind geistige bzw. Psychotechniken, mit wir jenen Richterstuhl einnehmen, vor dem wir selbst niemals stehen möchten. Wer würde nicht die Mühen der Moralgerichtsbarkeit fürchten? Gretchenfragen für Anständige: Sind wir steuerlich? Beschäftigen wir Schwarzarbeiter oder sind wir's gar selbst? Wie halten wir es mit Ge-

schwindigkeitsbegrenzungen, der Mülltrennung, Vorsorgeuntersuchungen, Wärmedämmung, der persönlichen CO₂-Bilanz?

Aber hier sind Veränderungen zu bemerken: Die moralischen Erwartungen an uns selbst scheinen sich zu verschärfen, das Maß an Verantwortung, die wir übernehmen sollen, zu vergrößern, während sich die Orientierungsmarken für das Regierungshandeln verschieben. *Armut* z.B. schien früher etwas Historisches zu sein oder ein bedauernswerter Zustand in der Dritten Welt – in Deutschland jedenfalls weitestgehend überwunden. Die Soziale Marktwirtschaft selbst verstand sich als Garant dafür, dass niemand Hunger leiden oder verwahrlosen sollte. Heute ist Armut eine sozialer Sachverhalt in Deutschland; erstmals erschien 2001 der *Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, unter dem Haupttitel: *Lebenslagen in Deutschland* – und war auf Fortschreibung angelegt. Besonders skandalös erscheint Armut als Kinderschicksal. So galt das erste Friedensgespräch des Jahres der *Kinderarmut*. Landessozialministerin *Mechthild Ross-Luttmann* traf auf die GRÜNEN-Bundestagsabgeordnete *Ekin Deligöz*, die Vorsitzende der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, und den Sozialforscher *Christoph Butterwegge*. Man war sich einig, dass Kinderarmut zum Handeln zwingt. Aber wie? Aus Regierungssicht sind die Weichen richtig gestellt. Die Opposition aber vermisst Erfolge und beklagt die begrenzte Reichweite der Maßnahmen. Der Widerspruch, Kinderarmut bekämpfen zu wollen, nicht aber die Notlage ihrer Eltern, erwies sich als schwerlich aufzulösen. Und er mündet in prekäre Kompromisse. Ist Armut hinnehmbar, wenn soziale Gerechtigkeit herrschen soll? Diese Frage hat die Politik offenbar bejaht; Betroffene werden politisch für das Funktionieren der Sozialsysteme *vereinnahmt*, aber sozial und materiell *ausgegrenzt*.

Ein neues Angebot der Politik – so scheint es – ist die Offerte an islamische Glaubensgemeinschaften in Deutschland, mit den christlichen Konfessionen gleichzuziehen, was ihre politische und rechtliche Anerkennung angeht. Hier setzte die von Bundesinnenminister *Schäuble* initiierte *Deutsche Islamkonferenz* Zeichen. Doch es werden Erwartungen an die Muslime formuliert. Der heutige Bundespräsident *Christian Wulff*, die frühere Bundestagsvizepräsidentin und evangelische Theologin *Antje Vollmer* und der frühere Präsident der evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, *Peter Steinacker*, problematisierten beim zweiten Friedensgespräch die Rechtsstellung muslimischer Gemeinschaften. Kernproblem bleibt die von der Mehrheitsgesellschaft in Zweifel gezogene Loyalität der Muslime zu Verfassung und Staat in Deutschland. Die ›fremde Religion‹ muss auch den Beweis ihrer Nützlichkeit in Sachen Integration erst noch erbringen, wie es scheint. – Wollen wir sie hereinlassen? Hier steht das Politbarometer eher auf Ausgrenzung, denn den hiesigen Muslimen wird es nicht gelingen, die

Verantwortung für ›internationalen Terrorismus‹ und ›Christenverfolgungen‹ auf der ganzen Welt auf sich zu nehmen, auch wenn sie es wollten.

Hier schloss sich nahtlos das Thema des Friedensgesprächs zur ›Integrationspolitik in Europa‹ an. Nordrhein-Westfalens Ressortminister *Armin Laschet*, der Amsterdamer Soziologe und Publizist *Paul Scheffer* und der in Dänemark lehrende Politikwissenschaftler *Wolfgang Zank* nahmen teil. Ziel war es, unterschiedliche Ansätze der Integrationspolitik in verschiedenen Ländern der EU zu bilanzieren. Deutlich wurde, dass Erfolge möglich sind, wenn zugleich Bedacht und Augenmaß walten. Verlufterfahrungen im Zuge der Migrationsprozesse bei Einheimischen wie bei Einwanderern gelte es anzuerkennen und eine offene Diskussion um strittige Fragen in der gesamten Gesellschaft zu führen (Scheffer). Entscheidend für die gesellschaftliche Akzeptanz sei vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt. Bildungsanstrengungen und Entgegenkommen in kulturellen Fragen seien weitere Handlungsfelder von Politik und bürgerschaftlichem Engagement.

Gegenüber den Ländern des früheren Ostblocks öffnete die EU die Grenzen weit. Mit sieben anderen ost- und mittelosteuropäischen Staaten wurde Ungarn 2004 neues Mitglied. *István Hiller*, damals amtierender Kulturminister des Landes, hielt am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, den Festvortrag im Kreiszentrum am Schölerberg unter dem Motto »Europa sieht Deutschland«. Ungarns eigener, jedenfalls schwieriger Weg in den Westen stellte sich als jahrhundertelange und auch gegenwärtig fortgesetzte Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Modernisten dar, zwischen materiellen und politischen Freiheitszielen. Die Zwischenbilanz, 20 Jahre nach Öffnung der Grenzen und Reform des politischen Systems, konnte gleichwohl nicht anders als eindeutig positiv ausfallen. Ungarn wurde – noch vor Griechenland – während der Finanzkrise im Jahr 2008 Objekt internationaler Sorge und Hilfestellung, als seine Staatsfinanzen zu kollabieren drohten. Dank Kreditzusagen und Bürgschaften wurde das Land aus den Schlagzeilen entlassen.

Andere Fälle angeschlagener Staatswesen waren unter dem Stichwort *Failed States* Thema bei den Friedensgesprächen. Der frühere deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen, *Gunter Pleuger*, ferner *Lotte Leicht*, Direktorin des Europa-Büros von *Human Rights Watch* in Brüssel, sowie *Ulrich Schneckener*, Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik und inzwischen nach Osnabrück berufener Professor für Politikwissenschaft, erörterten das Phänomen gescheiterter oder scheiternder Staaten. Lotte Leicht plädierte für die entschlossene Durchsetzung menschenrechtlicher Standards in Staaten, deren Institutionen in Auflösung begriffen oder zu unrechtmäßiger Willkür übergegangen seien oder von deren Territorium Gefahren wie Piraterie, Schmuggel und Terrorismus ausgingen. Die internationale Gemeinschaft müsse ihre »Schutzverantwortung« wahrneh-

men und könne sich bei Interventionen auf UN-Konventionen, -Resolutionen und -Mandate stützen. Die internationale Strafgerichtsbarkeit müsse gemeinsam fortentwickelt werden, um Menschenrechtsverletzungen, z.B. Vertreibungen und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, abzuwehren. Ulrich Schneckener riet, auch Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Akteuren auszuloten, anstatt lediglich auf Veränderung von außen zu setzen. Gunter Pleuger erörterte Möglichkeiten und Grenzen des geltenden Völkerrechts, des politischen Willens und der Kapazität der UN-Mitglieder.

Beim Friedensgespräch mit *Jackson Janes*, dem Direktor des *American Institute for Contemporary German Studies* der Johns Hopkins Universität in Washington D.C., und *Karsten D. Voigt*, dem langjährigen Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, ging es um die Frage der Neuorientierung der Weltmacht USA unter Präsident *Obama*. Bei Setzung unterschiedlicher Akzente und Gewichtungen stellten die Gesprächspartner viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Erwartungen und Prognosen zur künftigen Weltpolitik der USA fest. Amerika werde stärker als bisher seine Verbündeten beteiligen, aber auch deren Hilfe in Anspruch nehmen, hieß es. Mehr Übereinstimmung in der politischen Beurteilung von Konfliktlagen bedeute eine größere gemeinsame Verantwortung und mehr damit verbundene finanzielle und militärische Lasten.

Drei weitere »Beiträge zur Friedensforschung« komplettieren den Inhalt der aktuellen Ausgabe des Jahrbuchs der Osnabrücker Friedensgespräche:

György Széll entwirft ein Tableau der seit dem Ende des Ost-West-Konflikts eingetretenen Veränderungen der weltpolitischen Landschaft.

Thomas Vogtherr widmet sich der Frage: Gab es ein Europa der drei Religionen von Juden, Christen und Muslimen im Mittelalter?

Und Südostasienspezialist *Rainer Werning* bereitet dem interessierten Leser in einer weiteren seiner Länderstudien die Geschehnisse der Freiheitsbewegungen im Bereich des »Krisenkatasters Südphilippinen« auf.

Das Konzert *musica pro pace* setzt alljährlich künstlerische Akzente, um an den Abschluss des Westfälischen Friedens im Oktober des Jahres 1648 zu erinnern. 2009 gab es eine Ausnahme beim Termin, weil Stadt und Region Osnabrück unter dem Motto »2000 Jahre Varusschlacht« ein mehrmonatiges Kultur- und Festprogramm veranstalteten, zu dem das *musica pro pace*-Konzert einen friedensmusikalischen Beitrag leistete. Mit *Mauricio Kagels* Komposition *Der Tribun* wurde ein Werk am Ort der Varusschlacht in Kalkriese aufgeführt und sommerlich *open air* in Szene gesetzt, das die Verbindung zwischen Historie und jüngster Gegenwart ziehen wollte. *Stefan Hanheide*, Musikwissenschaftler an der Universität Osnabrück, erläutert im vorliegenden Band die Details.

Henning Buck